

Ich begrüße Sie

Heute ist der europäische Holocaust Gedenktag für Sinti und Roma. Wir erinnern an den Genozid an 500.000 Sinti und Roma im Nationalsozialismus. Das, was Juden Shoa nennen, bezeichnen Sinti und Roma als porajmos, d. h. das Verschlingen. Das konkrete Datum 2.8. bezieht sich auf die Ermordung von 4.200–4.300 der letzten Sinti und Roma,<sup>[3]</sup> hauptsächlich Frauen, Kinder und Alte in der Nacht vom 2. auf den 3. August 1944 im „Zigeunerfamilienlager“ des KZ Auschwitz-Birkenau.

Piero Terracina, ein Überlebender von Auschwitz und direkter Zeuge der Liquidierung des Zigeunerlagers, erinnert sich an die Nacht des 2. August 1944. "Ich war eingesperrt, es war Nacht und es gab eine Ausgangssperre. Aber ich habe alles gehört. Mitten in der Nacht hörten wir Rufe auf Deutsch und Hundegebell, sie gaben den Befehl, die Baracken des Zigeunerlagers zu öffnen, von dort kamen Rufe, Schreie und einige Schüsse. Plötzlich, nach mehr als zwei Stunden, herrschte nur noch Stille, und von unseren Fenstern aus sahen wir kurz darauf den Schein der hohen Flammen des Krematoriums. Am Morgen war der erste Gedanke, zum Zigeunerlager zu blicken, das völlig leer war, es herrschte nur Stille und die Fenster der Baracke schlugen auf und zu."

Anlässlich des Gedenktages haben wir einige Tafeln aus einer früheren Ausstellung reaktiviert, aus denen Sie entnehmen können, wie im Nationalsozialismus hier in Herford mit Sinti und Roma umgegangen wurde. Der Schwerpunkt liegt hier auf institutionellem Handeln. Es kann aber wohl davon ausgegangen werden, dass Diskriminierung und Verfolgung in der Gesellschaft genauso wie Antisemitismus fest verankert waren.

Der Titel meines Vortrages „...Zigeuner ...sind an diesem Orte unerwünscht“ entstammt einem Schild, das in den dreißiger Jahren hier in der Region gestanden hat und fotografiert worden ist. Auf dem Schild hier auf der Gedenktafel steht „Juden, Zigeuner, Landstreicher und Vagabunden sind an diesem Orte nicht erwünscht“.

Die Ankündigung der heutigen Veranstaltung bezieht sich auf dieses Zitat aus dem Schild. Die Problematik des Z-Wortes hatten wir durchaus im Blick, deshalb war es als Zitat gekennzeichnet.

Als ich kürzlich mit Schülerinnen und Schülern das Schild anschaute, zuckte ein Schüler merklich zusammen und fragte ziemlich entsetzt: „Das hat hier gestanden?“

Ja, heute würde ein solches Schild vielleicht oder hoffentlich nicht mehr aufgestellt werden, Rassismus, Antisemitismus und Antiziganismus sind aber nicht verschwunden. Ein Grund mehr für die heutige Gedenkveranstaltung.

Andersartigkeit, vielleicht Fremdheit im Aussehen, vielleicht eine andere Art zu leben, die Verbundenheit mit der Musik, das sind verschiedene Aspekte, die schon seit dem 15. Jahrhundert an Sinti und Roma kritisiert aber auch bewundert wurden.

In der Weimarer Zeit, der ersten deutschen Demokratie gab es überall in der Gesellschaft negative Zuschreibungen für Sinti und Roma. Behördliches Handeln brachte zum Ausdruck, dass sie eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit bedeuteten.

Ausnahmebestimmungen gegen Sinti und Roma, die vor allem Abschiebungen möglich machten, wurden auf der Basis demokratischer Gesetzgebung in der ersten deutschen Demokratie verabschiedet.

Die Münchener Zigeunerzentrale fasste bereits in der Weimarer Republik wesentliche Daten über Sinti und Roma zusammen. 1938 war es dann ein Leichtes für den NS-Staat, auf diese Daten zurückzugreifen und hier die „Reichszentrale zur Bekämpfung des Zigeunerunwesens“ zu gründen.

Reisen in „Horden“ wurde verboten, Aufenthaltsmöglichkeiten wurden beschränkt, eigene Ausweise mussten mit sich geführt werden, um nicht per se als Straftäter zu gelten.

1927 ordnete das preußische Innenministerium die Erfassung aller als „Zigeuner“ angesehenen Menschen an, sofern sie das 6. Lebensjahr erreicht hatten.

Wie Verbrecher mussten Sinti und Roma ihre Fingerabdrücke hinterlassen.

Proteste dagegen gab es so gut wie nicht. Etwa 70 %, 14.000 Personen sollen allein in Preußen auf diese Weise erfasst und katalogisiert worden sein.

Was das für die Lebensumstände bedeutete, hat eindrücklich ein in Herford aufgewachsener Sinto Alfred Lessing (das ist sein Pseudonym) in seinem Buch: „Mein Leben im Versteck“ beschrieben. Er musste seinen Traum als begabter Musiker aufgeben und versteckte sich auf abenteuerliche Weise beim Militär.

Die wirtschaftliche Existenz der hier ansässigen Sinti-Familien wurde ruiniert, weil ein Reisen von Kleinkünstlern oder Kleinhändlern zunächst schwieriger wurde und dann untersagt war. Stattdessen mussten sie - Musiker, Künstler, Kleinhandeltreibende Zwangsarbeit in Fabriken und beim Autobahnbau leisten.

Im Februar 1936 rühmte sich der Bürgermeister von Hiddenhausen damit, dass sein Ort zigeunerfrei sei. Und er nannte auch seine Methoden. Wandergewerbescheine für Umherziehende nicht mehr genehmigen und Kinder der betroffenen Familien in Heime stecken.

Das Herforder Kreisblatt rief 1936 mit der Schlagzeile „Ausrottung dieser „Volksschädlinge“ die Leserinnen und Leser zur Mithilfe an der Verfolgung von Sinti und Roma auf.

Aus städtischen Unterlagen des Jahres 1938 ergibt sich, dass die in Herford lebenden Sinti und Roma als „staatenlos“ registriert wurden, das heißt, sie konnten sich auf keinerlei bürgerliche Rechte mehr berufen.

Das eigens gegründete rassehygienische Institut mit Robert Ritter als Leiter ließ Menschen vermessen und konstruierte so eine Rasse von Zigeunern mit halb oder viertel oder vollem zigeunerischen Blut. Mit entsprechenden Folgen.

In Herford führte diese Konstruktion einer sog. Zigeunerrasse zur Zerstörung von Familien. Kinder wurden gegen den Willen der Eltern aus der Familie herausgerissen und nicht etwa in das hiesige Waisenhaus gegeben. Nein, das verweigerte die Aufnahme. Sie wurden im Ruhrgebiet und im Münsterland in Heime gesteckt. Kinder derselben Familie wurden getrennt in unterschiedlichen Heimen untergebracht. Dort wurden die arbeitsfähigen z. B. an Bauern ausgeliehen, Schulbildung war sekundär.

Unterschrieben hat das alles Frau

vom Jugendamt Herford. Sie hat auch die Einwilligung der Unfruchtbarmachung der Familie...x erteilt.

In den KZ's Dachau und Neuengamme wurden Herforder Sinti und Roma ermordet.

In etwa 20 Akten des Herforder Kommunalarchivs können die Schicksale von verfolgten Sinti und Roma nachvollzogen werden.

Nach 1945 wurden Wiedergutmachungszahlungen mehrheitlich verweigert.

Ein betrübliches Beispiel bietet ein Urteil des Bundesgerichtshofs (BGH), der 1956 entschied, dass die "Zigeuner" erst seit März 1943 aus rassistischen Gründen verfolgt worden seien; vorher habe es sich um sicherheitspolizeilich oder militärisch motivierte Ordnungsmaßnahmen gehandelt. 1963 änderte der BGH seine Linie.

Gleichwohl blieben Sinti und Roma in der Wiedergutmachung "strukturell benachteiligt". Das zeigt sich auch in den Herforder Akten: ein Beispiel: einer Witwe wird die Entschädigung für den ermordeten Ehemann verweigert, weil es Einträge in ihrem Strafregister gebe.

Einem Überlebenden KZ Insassen wird die Zahlung verweigert mit der Begründung, nicht alle Daten seien korrekt angegeben worden.

Als wenn man durch Geld überhaupt die ermordeten Menschen wieder hätte lebendig werden lassen können oder eine ruinierte Jugend noch hätte retten können.

Opfer von Zwangssterilisierung erhielten auch weiterhin keine Entschädigung

Die Kinder einer Herforder Sintifamilie blieben z. T. bis weit in die 50er Jahre in der Fürsorgeerziehung.

Auf der politischen Ebene erfolgte die Anerkennung des Völkermords an Sinti und Roma erst 1982, das Denkmal in Berlin wurde 2012 eingeweiht.

Dabei erfolgte das Bestreben nach Anerkennung vor allem aus den eigenen bürgerschaftlichen Reihen der Sinti und Roma. Romani Rose hat dieser Bewegung sein Gesicht gegeben und er hat auch darauf aufmerksam gemacht, dass Antiziganismus auch heute fortbesteht.

In meiner Kindheit habe ich noch den Satz gehört „schnell ins Haus, die Zigeuner kommen“.

Neuere Studien zeigten, dass 2 von 3 Deutschen denken, dass sie keine Sinti und Roma als Nachbarn haben wollen.

Wissenschaftler um Tobias Neubauer von der Universität Hannover zeigen in Studien einen Zusammenhang zwischen der Südosterweiterung der EU und dem Entstehen eines neuen Rassismus auf.

So wurde nach dem Beitritt von Bulgarien und Rumänien in die EU die Freizügigkeit für Arbeitnehmer zunächst einmal bis 2013 ausgesetzt.

Auf dem deutschen Städtetag 2013 sprach man von einer befürchteten Völkerwanderung als Armutswanderung und von einer Überforderung der deutschen Sozialkassen, der Störung des sozialen Friedens in den Städten etc.

Und der Begriff „Armutstourismus“ wurde 2013 zum Unwort des Jahres gemacht.

Man sprach vom Gespenst der Migration, um nur einige Begrifflichkeiten zu nennen.

Der Tagesspiegel zitiert am 6.12.2013 Romani Rose, den Zentralratsvorsitzenden der Sinti und Roma in Deutschland: Er sagte: „Integration ist immer eine Sache, die von beiden Seiten geleistet werden muss.“

Der Kommentar der Zeitung dazu: Damit offenbart er einen realistischeren Blick auf die Angelegenheit als viele Politiker, die so tun, als käme der Hinweis auf einen eventuellen Missbrauch von Sozialleistungen einem Verrat an der Idee der europäischen Einigung gleich.

Im Juni dieses Jahres habe ich im Dokumentationszentrum Deutscher Sinti und Roma in Berlin an einer Fachtagung teilgenommen mit dem Titel Antiziganismus, Rassismus und Antisemitismus in Institutionen. Herausforderungen für Forschungs- und Bildungsarbeit.

Hier wurden Beispiele aus der Praxis zitiert. Es wurden Strukturen aufgezeigt, die belegen, dass durch intendierte und angewiesene repressive Maßnahmen der Verwaltungen in den Städten eine soziale Teilhabe für Zuwanderer erschwert wird.

Zugänge zum Bildungssystem und im sozialen Bereich ist für Zuwanderer aus dem osteuropäischen Raum nicht gleichberechtigt möglich.

Fazit verschiedener Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ist die Feststellung, dass sich ein neuer Rassismus und Antiziganismus in den Institutionen und in der Gesellschaft zeige.

Am Beginn meines Vortrages bin ich davon ausgegangen, dass ein Schild „....Zigeuner ... sind an diesem Orte unerwünscht“ heute wohl nicht mehr aufgestellt werden würde, aber wie sollen wir die öffentlichen politischen Äußerungen im Vergleich dazu bewertet werden?